



Sachbearbeitung	R3 - Referent BM 3		
Datum	30.08.2017		
Geschäftszeichen	R3/Am		
Beschlussorgan	Fachbereichsausschuss Stadtentwicklung, Bau und Umwelt	Sitzung am 26.09.2017	TOP
Behandlung	öffentlich		GD 318/17

---

**Betreff:** Bewerbung für eine Landesgartenschau in den Jahren 2026 - 2030  
- Beschluss zur Beauftragung einer Machbarkeitsstudie mit dem Ziel der  
Bewerbung bis 22.12.2017

**Anlagen:** Landesprogramm "Natur in Stadt und Land"  
Grundsätze für die Durchführung 2026 - 2030 (Anlage 1)

Antrag Nr. 154/16 der SPD-, FWG- und CDU-Fraktion  
vom 01.12.2016 (Anlage 2)

**Antrag:**

1. Den Bericht zur Kenntnis zu nehmen.
2. Der Beauftragung einer Machbarkeitsstudie zur Bewerbung für eine Landesgartenschau in den Jahren 2026 - 2030 zuzustimmen.
3. Der überplanmäßigen Bereitstellung von 80.000 € bei Auftrag L70011100103 "Landesgartenschau 2030" zuzustimmen. Die Sicherstellung der Deckung dieses Mehrbedarfs erfolgt im Rahmen des Nachtrags 2017.
4. Für das Jahr 2018 einem einmaligen Sonderfaktor in Höhe von 20.000 € bei Auftrag L70011100102 "Landesgartenschau 2030" zuzustimmen.
5. Den Antrag Nr. 154/16 der SPD-Fraktion vom 01.12.2016 für erledigt zu erklären.

Tim von Winning

---

Zur Mitzeichnung an:	Bearbeitungsvermerke Geschäftsstelle des Gemeinderats:
BM 3, GM, OB, SAN, SUB, VGV, ZS/F	Eingang OB/G _____
_____	Versand an GR _____
_____	Niederschrift § _____
_____	Anlage Nr. _____

**Sachdarstellung:**

Zusammenfassende Darstellung der finanziellen Auswirkungen

<b>Finanzielle Auswirkungen:</b>	<b>ja</b>
<b>Auswirkungen auf den Stellenplan:</b>	<b>nein</b>

<b>MITTELBEDARF</b>			
<b>INVESTITIONEN / FINANZPLANUNG</b> (Mehrjahresbetrachtung)		<b>ERGEBNISHAUSHALT einmalig</b>	
<b>PRC: 1110-700</b>		<b>L70011100103</b>	
<b>Projekt / Investitionsauftrag:</b>			
Einzahlungen	€	Ordentliche Erträge	€
Auszahlungen	€	Ordentlicher Aufwand 2017	80.000 €
		2018	20.000 €
		<i>davon Abschreibungen</i>	€
		Kalkulatorische Zinsen (netto)	€
Saldo aus Investitionstätigkeit	€	Nettoressourcenbedarf	100.000 €
<b>MITTELBEREITSTELLUNG</b>			
<u>1. Finanzhaushalt 2017</u>		2017	
Auszahlungen (Bedarf):	€	<b>innerhalb</b> Fach-/Bereichsbudget bei PRC	€
Verfügbar:	€		
<b>Ggf. Mehrbedarf</b>	€	<b>fremdes</b> Fach-/Bereichsbudget bei: PRC	€
Deckung Mehrbedarf bei PRC			
PS-Projekt 7	€	Mittelbedarf aus <b>Allg. Finanzmitteln</b>	100.000 €
bzw. Investitionsauftrag 7	€		
<u>2. Finanzplanung 2018 ff</u>			
Auszahlungen (Bedarf):	€		
i.R. Finanzplanung veranschlagte Auszahlungen	€		
Mehrbedarf Auszahlungen über Finanzplanung hinaus	€		
Deckung erfolgt i.R. Fortschreibung Finanzplanung			

**1. Beschlüsse und Anträge des Gemeinderats**

1.1. Beschlüsse

## 1.2. Anträge

Antrag Nr. 154/16 der SPD-, FWG- und CDU-Fraktion vom 01.12.2016 (siehe Anlage 2)

## 2. **Ausgangslage**

Die Stadt Ulm hat 1980 die erste Landesgartenschau Baden-Württembergs/Bayerns in der Friedrichsau ausgerichtet. In den Jahren 1997 bis 2009 gab es drei weitere Bewerbungen um eine Landesgartenschau (LGS), die allerdings nicht zum Zuschlag führten:

- 1997 Von der Wissenschaft zur Stadt – von der Stadt zur Wissenschaft
- 2002 Die Grüne Blau
- 2009 Rund um die Wilhelmsburg

Die Fraktionen von SPD, CDU und FWG haben in ihrem Antrag Nr. 154 vom 01.12.2016 vorgeschlagen, eine Bewerbung zur Landesgartenschau für den Zeitraum 2026-2030 bei der Landesregierung einzureichen. Die Verwaltung hat im ersten Halbjahr 2017 mögliche Standorte geprüft, darunter auch der im Antrag vorgeschlagene Michelsberg (Rund um die Wilhelmsburg).

Vier Standortvorschläge wurden am 16.5.2017 im Fachbeirat dialog:grün diskutiert:

- Rund um die Wilhelmsburg
- Friedrichsau 2.0
- Ulm an Donau und Iller
- Söflingen – Blaukanal / Kohlplatte

Der Fachbeirat dialog:grün sprach sich in seiner Sitzung am 16.5.2017 nach intensiver Diskussion mehrheitlich dafür aus, sich mit dem Thema Bundesfestung Ulm und der zugehörigen Glacisanlage für die Landesgartenschau 2030 zu bewerben. Die Standort-Variante Wilhelmsburg wäre dann ein Teil der Bewerbung.

## 3. **Landesprogramm „Natur in Stadt und Land“**

Das Landesprogramm „Natur in Stadt und Land“ (siehe Anlage 1) des Ministeriums für ländlichen Raum und Verbraucherschutz formuliert Grundsätze für die Durchführung einer Landesgartenschau, darunter auch die übergeordneten Ziele:

- Qualifizierung dauerhafter Freiräume
- Verbesserung der Lebensqualität
- Einbeziehung der Bevölkerung
- Ökologische und stadtklimatische Aufwertung
- Integrierte Stadtentwicklung

- Bildungsraum und Innovation
- Wertschöpfung generieren
- Lösungsansätze im Innen- und Außenbereich

#### **4. Potenziale einer Landesgartenschau für Ulm**

Die aktuelle Bewerbungsrunde betrifft die Jahre 2026 bis 2030. Die Ausrichtung einer Landesgartenschau in Ulm 2030 wäre passend zum 50-jährigen Jubiläum der ersten, länderübergreifenden Landesgartenschau Ulm/Neu-Ulm (1980).

Die Bundesfestung Ulm ist, neben den vier anderen Bundesfestungen Landau, Luxemburg, Mainz und Rastatt, Europas größte Festungsanlage. Trotz ihrer beeindruckenden Größe und ihrer möglichen Potenziale kommt der Festungsanlage nicht die entsprechende Bedeutung und Aufmerksamkeit in der Stadt zu. Städtebauliche Bezüge zwischen Innenstadt und Wilhelmsburg sind nicht erlebbar, Aussenforts und Glacisanlagen führen eher ein Schattendasein im Stadtkörper und sind nur am Rande im Bewusstsein der Ulmerinnen und Ulmer verankert. Die riesigen Flächen und gewaltigen baulichen Anlagen bieten ein vielfältiges Potenzial für Freiflächen, landschaftsräumliche Vernetzungen, stadträumliche Verknüpfungen und neue Nutzungsmöglichkeiten.

#### **5. Vorgehen**

16.05.2017	Fachbeirat dialog:grün
13.09.2017	Verwaltungsinterne Arbeitsgruppe: mögliche Leitthemen und potenzielle Orte
26.09.2017	Beschluss zur Beauftragung einer Machbarkeitsstudie
Okt./Nov. 2017	Arbeitssitzungen mit Verwaltung und dialog:grün  Beteiligungsveranstaltungen für lokal Engagierte und interessierte Bürgerinnen und Bürger, voraussichtlich an wechselnden Orten
21.11.2017	FBA Stadtentwicklung, Bau und Umwelt: Information
12.12.2017	FBA Stadtentwicklung, Bau und Umwelt: Vorberatung
13.12.2017	Gemeinderat: Beschluss
22.12.2017	Bewerbungsschluss

#### **6. Förderung**

Für die Durchführung der Machbarkeitsstudie stehen keine Fördermittel zur Verfügung.

Die Förderung für Landesgartenschauen ist aus Landesmitteln mit einem Zuschuss in Höhe von 50% der Investitionskosten vorgesehen, max. 5,0 Mio. Euro. Genauerer dazu ist unter Punkt 7 Finanzierung im Landesprogramm "Natur in Stadt und Land" (siehe Anlage 1) ausgeführt. Darüber hinaus bietet eine Landesgartenschau erfahrungsgemäß die Möglichkeit, unterschiedlichste weitere Förderprogramme zu bündeln, beispielsweise zur Gewässerförderung oder zur Stadtsanierung.

## **7. Finanzierung**

Für die Durchführung der Machbarkeitsstudie ist im Jahr 2017 mit Kosten von 80.000 € zu rechnen. In den bisherigen Planungen für den HH 2017 sind diese Mittel nicht vorgesehen gewesen. Um eine Machbarkeitsstudie noch in diesem Jahr realisieren zu können, ist die außerplanmäßige Bereitstellung dieser Mittel daher notwendig. Die Verwaltung bittet daher um Zustimmung zur Bereitstellung dieser Mittel bei Auftrag L70011100103 "Landesgartenschau 2030" zuzustimmen. Die Sicherstellung der Deckung dieses Mehrbedarfs erfolgt im Rahmen des Nachtrags 2017.

Weiter ist im Anschluss an die Einreichung der Bewerbungsunterlagen mit einem weiteren Finanzierungsbedarf von rund 20.000 € in 2018 zu rechnen. Diese Mittel werden über die Änderungsliste für den HH 2018 nachgemeldet. Die Verwaltung bittet um Zustimmung zur Bereitstellung dieses einmaligen Sonderfaktors.

Der weitere Finanzierungsbedarf im Rahmen eines eventuell anstehenden Bewerbungsverfahrens ist aktuell noch nicht abschätzbar. Ein Bericht und die Herbeiführung der notwendigen Beschlüsse sind zu gegebener Zeit vorgesehen.